GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Männerpolitik unter der schwarz-gelben Regierung

Diewald, Irmgard

2013

https://doi.org/10.25595/3361

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Diewald, Irmgard: *Männerpolitik unter der schwarz-gelben Regierung*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 22 (2013) Nr: 1, 129–133. DOI: https://doi.org/10.25595/3361.

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Männerpolitik unter der schwarz-gelben Regierung

Auf dem Weg zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft?

IRMGARD DIEWALD

Seit einiger Zeit wird der Ruf nach neuen Rollenbildern und Identitätsmustern für Männer laut. Der Spiegel titelt in der ersten Ausgabe 2013 „Oh, Mann! Das starke Geschlecht sucht seine neue Rolle“ (Spiegel 2012). Gefragt wird unter dem Schlagwort der „Männerdämmerung“, ob das männliche Geschlecht vom gesellschaftlichen Wandel überfordert sei (ebd.). Auch in der institutionalisierten Politik findet eine Hinwendung zu diesem Thema statt. Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Kristina Schröder fordert einen Perspektivenwechsel in der modernen Gleichstellungspolitik: Immer mehr Männer seien bereit, beruflich kürzer zu treten; die Arbeitswelt müsse weiblicher und die Fürsorge in der Familie männlicher werden (Schröder 2012). Unter der Schirmherrschaft der Bundesfamilienministerin fand im Oktober 2012 in Berlin die erste Konferenz zur Männerpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz statt. Im Zentrum stand die Frage, welchen Beitrag Männerpolitik zu einer geschlechtergerechteren Gesellschaft leisten kann. Die klassische Männerrolle des Ernährers soll aufgebrochen werden, und Männern soll die Möglichkeit eröffnet werden, aus einer Vielfalt männlicher Rollenmodelle zu wählen. Aus traditionellen Männern sollen damit moderne Männer werden.
Doch welchen Beitrag leistet eine solche Männerpolitik aus einer feministischen Perspektive zu einer geschlechtergerechteren Gesellschaft?

Institutionalisierung und Begründung eigenständiger Männerpolitik

Mit der Festschreibung von expliziter Männerpolitik im Koalitionsvertrag und der Einführung eines Referats für Jungen- und Männerpolitik wurde unter der schwarz-gelben Regierung seit 2009 eine Strategie weitergeführt, die schon 2008 unter Ursula von der Leyen auf die politische Agenda gesetzt worden war. Mit dem Ziel, Männer auf neue Weise in die Gleichstellungspolitik einzubeziehen, wurde das Thema „Rollenbilder erweitern – Neue Perspektiven für Männer“ zum Schwerpunkt gemacht. Dies spiegelt sich im aktuellen (Selbst-)Verständnis der deutschen Gleichstellungspolitik als eine nachhaltige Politik der Chancengerechtigkeit für Frauen und Männer wider.
Anknüpfend an das Forschungsprojekt „Männer in Bewegung“ (2009), finanziert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und durchgeführt unter der Leitung der Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands und der Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland, ist es Ziel, die An-

zahl so genannter moderner Männer zu erhöhen. Diese stehen der Frauenemanzipation und der Berufstätigkeit von Frauen positiv gegenüber (Zulehner/Volz 2009, 25). Als weitere Legitimation eigenständiger Männerpolitik wird die Benachteiligung von Männern gegenüber Frauen in vielen Bereichen angeführt. Dies spiegelt sich insbesondere in der Debatte um Jungen als Bildungsverlierer wider, in der problematisiert wird, dass die Schulleistungen von Jungen im statistischen Durchschnitt hinter denen der Mädchen zurückfallen und Jungen vermehrt als Problemkinder gesehen werden (Hurrelmann/Schultz 2012, 11). Des Weiteren wird angeführt, dass Männer im Durchschnitt fünf Jahre früher als Frauen sterben, sich häufiger umbringen sowie öfter an Suchterkrankungen (Alkohol- und Drogenabhängigkeit) leiden (Theunert 2012).

AkteurInnen und Strategien der Männerpolitik

Neben der Regierungskoalition aus FDP und CDU/CSU sind zentrale politische und gesellschaftliche AkteurInnen der aktuellen Männerpolitik christliche Kirchen mit dem Fokus Männerarbeit, Gewerkschaften, welche sich explizit mit der Männer- und Väterperspektive in Bezug auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf beschäftigen, Gruppen mit dem Fokus Männergesundheit sowie Vereine, die sich mit männlichen Gewalttätern und Opfern auseinandersetzen (Schölper 2012). Insbesondere die oben erwähnte Studie „Männer in Bewegung" der evangelischen und katholischen Kirche hat die aktuelle Männerpolitik geprägt: „Die kirchlichen Männerorganisationen und das Ministerium haben (…) gemeinsame männer- und geschlechterpolitische Anliegen" (Zulehner/Volz 2009, 6). Des Weiteren sind 29 AkteurInnen der Männerarbeit und Männerpolitik seit 2010 unter dem Dachverband „Bundesforum Männer – Interessenverband für Jungen, Männer und Väter e.V." vereint, mit dem Ziel der politischen Interessenvertretung nach außen und der fachlichen Vernetzung (Schölper 2012).
Weitere Projekte und Maßnahmen zur Förderung von Jungen und Männern, die das Ziel verfolgen, klassische Frauenberufe für Männer attraktiver zu machen, sind die Bundesinitiative „Mehr Männer in Kitas" und die Initiativen zur Berufswahl von Mädchen und Jungen, also der Boys' Day, der in Entsprechung zum Girls' Day erstmals 2011 mit Unterstützung des Bundes durchgeführt wurde. Das Netzwerk „Neue Wege für Jungs" sowie der Beirat Jungenpolitik (BMFSFJ 2012) richten sich an männliche Kinder und Jugendliche, hier steht die Herausbildung von Geschlechtsidentitäten und Rollenbildern im Vordergrund. Ebenso werden Männer als Partner beziehungsweise Väter angesprochen sowie das Thema Männer und Pflege aufgegriffen (Icken 2012).

Männerpolitik und Feminismus

Ziel feministischen Denkens und Handelns ist es, Geschlechterhierarchien und Stereotypen zu überwinden sowie gesellschaftlichen Wandel orientiert an sozialeman-

zipatorischen Zielen und Kriterien anzustoßen. Es geht darum, die gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen zu beseitigen und eine geschlechtergerechte Teilhabe an gesellschaftlicher Gestaltung für alle zu ermöglichen. Dies geht nur durch eine grundlegende Veränderung von politischen Machtverhältnissen. Politisches Anliegen von Geschlechterpolitik sollte also die Überwindung von Ausgrenzungs- und Marginalisierungsprozessen sein (Kurz-Scherf u.a. 2009; Thiessen 2008). Ausgehend von diesem Verständnis ergeben sich für die aktuelle bundespolitische Männerpolitik unter anderem folgende Schwierigkeiten und Herausforderungen:

In der aktuellen Interpretation bleibt Männerpolitik in einer identitätspolitischen Logik verhaftet, in der sich Frauen und Männer als geschlossene Gruppen gegenüberstehen. Dabei wird von der Annahme ausgegangen, Frauen seien dem Ziel der Gleichstellung näher gerückt, während Männer sich in einer Identitätskrise befänden. Wenn es mehr moderne Frauen gäbe, brauche es auch mehr moderne Männer, weil es sonst auf partnerschaftlicher Ebene zu Problemen komme (Zulehner/Volz 2009). Damit ist die aktuelle Männerpolitik stark von der Annahme der Zweigeschlechtlichkeit und von heteronormativen Vorstellungen geprägt. Dies geht mit einer teilweisen Umdeutung der Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern einher: Auf der Konferenz zur Männerpolitik wurde beispielsweise von Männern als neuen Opfern und Frauen als neuen Tätern gesprochen.

Als elementar für Gleichstellung wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erachtet. Tendenziell ausgeblendet werden an dieser Stelle gesellschaftliche Bereiche, die über Erwerbsarbeit hinausgehen. Geschlechtergerechte Teilhabe an der Gesellschaft wird größtenteils quantitativ verstanden. Wenn es mehr Frauen gäbe, die arbeiten gehen und Karriere machen, müsse es Männern auch erlaubt sein, Verantwortung für Kinder zu übernehmen oder Tätigkeiten im pflegerischen Bereich auszuüben. Nicht hinterfragt werden grundlegende gesellschaftliche Machtstrukturen sowie intersektionale Ungleichheits- und Ausgrenzungsmechanismen. Verkörpert wird der Typus des modernen Mannes durch die Attribute weiß, ohne Migrationshintergrund, christlich, mittelschichtsangehörig, heterosexuell und ohne Behinderung (Tunç 2012, 102).

Aus feministischer Perspektive bleibt fraglich, ob die aktuelle Männerpolitik der Bundesregierung, die durch christlich-konservative AkteurInnen auf die politische Agenda gesetzt wurde, zu einer geschlechtergerechteren Gesellschaft führt oder nicht vielmehr patriarchale Strukturen aufrechterhält.

Neben der Infragestellung von vergeschlechtlichten Machtpositionen sollten AkteurInnen aktiv einbezogen werden, die eine intersektionale Perspektive mit einbringen. Geschlechtergerechte Männerpolitik sollte mindestens zwei Perspektiven in den Blick nehmen, um nicht Gefahr zu laufen hegemoniale Strukturen zu reproduzieren: einerseits die Kosten männlicher Sozialisation, andererseits aber auch die Privilegien, die daraus erwachsen (Lehner 2012). Nicht zuletzt fehlt eine deutliche Abgrenzung der aktuellen Männerpolitik nach rechts zu maskulinistischen Strömungen oder zur Männerrechtsbewegung, die davon ausgehen, dass „traditionelle

Männlichkeitskonzepte primär Männer benachteiligten und nicht Frauen“ (Schölper 2008).

Abschließend ist festzuhalten, dass die Männerpolitik der Bundesregierung einerseits von der Vereinnahmung feministischer Forderungen und Argumentationsweisen lebt und andererseits von der Abgrenzung zu diesen. Durch biologisierte Identitätsvorstellungen trägt eine solche Männerpolitik zur Aufrechterhaltung von Heteronormativität und damit zur Sicherung und Stabilisierung hierarchisierter vergeschlechtlichter Machtstrukturen bei und nicht zu mehr Geschlechtergerechtigkeit. Um diese zu erreichen, sollte eine kritische Auseinandersetzung mit Männlichkeit (und Weiblichkeit) stattfinden und eine stärkere Verknüpfung mit feministischer Theorie und Praxis erfolgen. In diesem Sinne setzt sich die Heinrich-Böll-Stiftung schon seit einigen Jahren kritisch mit Männerpolitik auseinander und bietet mit dem Konzept der Geschlechterdemokratie eine bedenkenswerte politische Alternative (Heinrich-Böll-Stiftung 2007). Es sollte nicht nur, wie am Ende der Konferenz zur Männerpolitik vorgeschlagen, der Titel und somit das Programm des Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend um Männer erweitert werden, sondern eine wirkliche Alternative zu herrschenden Geschlechterverhältnissen eröffnet werden.

Literatur

BMFSFJ, 2012: Gleichstellungspolitik für Jungen und Männer. Internet: http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Gleichstellung/perspektiven-fuer-jungen-und maenner.html (16.12.2012).

Heinrich-Böll-Stiftung, 2007: Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse. In Dies. (Hg.): Männerpolitik(en). Dokumentation einer Fachtagung, Berlin.

Hurrelmann, Klaus/**Schultz**, Tanjev, 2012: Jungen als Bildungsverlierer – Warum diese Streitschrift? In: Hurrelmann, Klaus/Schultz, Tanjev (Hg.): Jungen als Bildungsverlierer. Brauchen wir eine Männerquote in Kitas und Schulen? Weinheim, 11-16.

Icken, Angela, 2012: Von der Frauenpolitik zur Politik der Geschlechtergerechtigkeit für Frauen und Männer. In: Theunert, Markus (Hg.): Männerpolitik. Was Jungen, Männer und Väter stark macht. Wiesbaden, 335-350.

Kurz-Scherf, Ingrid/**Lepperhoff**, Julia/**Scheele**, Alexandra, 2009: Über formale Gleichheit und Gleichstellung hinaus: feministische Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra (Hg.): Feminismus. Kritik und Intervention. Münster, 7-22.

Lehner, Erich, 2012: Männer und Gleichstellung: eine spannungsreiche Beziehung. In: Theunert, Markus (Hg.): Männerpolitik. Was Jungen, Männer und Väter stark macht. Wiesbaden, 79-96.

Schröder, Kristina, 2012: Bundesfamilienministerin zur Gleichstellungspolitik. Internet: http://www.bmfsfj.de/ (10.02.2013).

Schölper, Dag, 2008: Männer- und Männlichkeitsforschung – ein Überblick. Internet: http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/dag_schoelper/dag_schoelper.pdf (10.01.2013).

Schölper, Dag, 2012: Zivilgesellschaftliche Männerpolitik in Deutschland. In: Theunert, Markus (Hg.): Männerpolitik. Was Jungen, Männer und Väter stark macht. Wiesbaden, 351-372.

Spiegel, 2012: Oh Mann! Das starke Geschlecht sucht seine neue Rolle, 31.12.2012.

Theunert, Markus, 2012: Männerpolitik(en): ein Rahmenkonzept. In: Theunert, Markus (Hg.): Männerpolitik. Was Jungen, Männer und Väter stark macht. Wiesbaden, 13-56.

Thiessen, Barbara, 2008: Feminismus: Differenzen und Kontroversen. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden, 37-44.

Tunç, Michael, 2012: Männerpolitiken und Diversität. Von Kulturdifferenzen zu Rassismuskritik und Intersektionalität. In: Theunert, Markus (Hg.): Männerpolitik. Was Jungen, Männer und Väter stark macht. Wiesbaden, 97-125.

Zulehner, Paul M./Volz, Rainer, 2009: Männer in Bewegung. Zehn Jahre Männerentwicklung in Deutschland. Baden-Baden.

Okzidentalistische Überlegenheitsphantasien und heteronormatives Schweigen. Überlegungen zur „deutschen Beschneidungsdebatte“

ANTKE ENGEL

Mit dem Ende 2012 in Deutschland in Kraft getretenen „Gesetz über den Umfang der Personensorge bei der Beschneidung des männlichen Kindes“ (BGBl. I S. 2749 Nr. 61) eröffnet sich eine Chance, die von den Medien forcierte Debatte um Vorhautbeschneidung aus ihrem rassistischen Rahmen zu lösen. Zwar ist zu betonen, dass die Gesetzesbegründung weiterhin von christlich-okzidentalistischer Selbstgewissheit und Differenzzuweisungen getragen ist. So heißt es in der Presseerklärung der Bundesregierung zur Verabschiedung des Gesetzes: „Damit stellt Deutschland erneut unter Beweis, dass es ein weltoffenes und tolerantes Land ist und bleibt. Juden und Muslime sind willkommen. Denn Religionsfreiheit und religiöse Toleranz sind tragende Pfeiler unserer demokratischen Gesellschaft.“ (27.12.2012) Hingegen zeichnet sich jedoch der Gesetzestext selbst dadurch aus, dass er Beschneidung nicht als Minderheitenpraxis markiert, sondern für deren Rechtmäßigkeit eine universelle Formulierung entwirft, die mögliche Begründungen und Hintergründe der Praxis bewusst offen hält. Dies würde die in der Presseerklärung reklamierte und auch in die 24-seitige Gesetzesbegründung eingearbeitete Haltung der Toleranz gegenüber dem Anderen eigentlich überflüssig machen, da das vorgeblich Andere Teil der Norm geworden ist. Im Rahmen dieses Textes möchte ich darauf eingehen, dass Diskrepanzen zwischen Gesetzestext, Gesetzesbegründung und Mediendebatte mit unterschiedlichen Ausprägungen okzidentalistischer Überlegenheitsdiskurse zusammenhängen. Der Schwerpunkt meiner Argumentation liegt jedoch darauf zu zeigen, dass die rassistischen und antisemitischen Aspekte des Diskurses unmittelbar verknüpft sind mit heteronormativen Geschlechter- und Sexualitätsverständnissen. Queer-feministische Kritik befasst sich mit dieser Verschaltung; sie betrachtet Geschlecht und Sexualität eben gerade nicht isoliert von Rassisierungen und religiösen Einbettungen. Entsprechend möchte ich auch im Hinblick auf das Gesetz selbst fragen,